

JOBSTARTER-Fachtagung

**„Mit Fachkräften in die Zukunft – Mehr Ausbildung in Freien Berufen“
am 23. Januar 2009 in Frankfurt am Main**

Ausschnitte aus der Podiumsdiskussion:

„Fachkräftesicherung im Bereich der Freien Berufe – Erfolgsfaktoren und Perspektiven“

Entgegen dem derzeitigen Bundestrend steigt in Hessen das Angebot an Ausbildungsplätzen im Bereich der Freien Berufe. Trotz zunehmender Ausbildungsbereitschaft bei Kanzleien und Praxen gibt es eine Reihe von Faktoren, die eine Ausschöpfung vorhandener Ausbildungspotenziale erschweren. Die Anforderungen in den Freien Berufen sind hoch. Viele Praxen und Kanzleien beklagen die Schwierigkeit, passende Auszubildende zu finden. Die Identifizierung ausbildungshemmender Faktoren und die Diskussion von Ansätzen zur Steigerung der Attraktivität beruflicher Ausbildung im Bereich der Freien Berufe, um auch zukünftig den Bedarf an Fachkräftenachwuchs zu sichern waren Schwerpunkt der Podiumsdiskussion.

„Bereits bei der Aufnahme einer Ausbildung ist das erforderliche Qualifikationsniveau in den Freien Berufen relativ hoch“, machte Dr. Elke Vietor, Mitglied des Vorstands der Landes Zahnärztekammer Hessen, deutlich. Bei einem hohen Anteil an Bewerbern mit Hauptschulabschluss sei es für Kanzleien und Praxen zunehmend schwieriger, geeignete Auszubildende zu finden. *„Die Vorbildung und teilweise auch die Motivation der Jugendlichen, die sich um einen Ausbildungsplatz in den Freien Berufen bewerben, entsprechen häufig nicht den Anforderungen.“* Um den zukünftigen Fachkräftenachwuchs in den Freien Berufen zu sichern, sei es wichtig, geeignete Maßnahmen zu initiieren, die dazu beitragen, auch Jugendliche mit schlechteren Voraussetzungen einen Übergang in Ausbildung zu ermöglichen, beispielsweise in einem zahnärztlichen Assistenzberuf.

Die Ausführungen von Dr. Elke Vietor zur Bewerbersituation bestätigte Martin Andreas Leimbeck, Vizepräsident der Landesärztekammer Hessen und ergänzte, dass bei den medizinischen Assistenzberufen insbesondere die soziale Kompetenz eine wesentliche Rolle spiele. *„Auszubildende im Gesundheitswesen müssen in der Lage sein, angemessen mit Patienten umzugehen. Ich bin Hausarzt auf dem Land und habe Patienten mit unterschiedlichsten – zum Teil schweren – Krankheiten, auf deren Bedürfnisse mit dem entsprechenden Einfühlungsvermögen eingegangen werden muss“*, so Leimbeck. Anhand der Schulnoten sei schwer festzustellen, ob eine Bewerberin oder ein Bewerber über solche Kompetenzen verfüge. Hierbei könnten der Ausbildung vorangestellte Praktika hilfreich sein. Geklärt werden müsse in diesem Zusammenhang allerdings, wie bei Praktika die Einhaltung der Schweigepflicht bei den Jugendlichen sichergestellt werden könne.

„Es ist nicht nur die mangelhafte Vorbildung, die eine Besetzung von Ausbildungsplätzen erschwert, viele Jugendliche kennen die Berufsbilder nicht“, bemerkte Gabriele Hillmer von der Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main. Sie berichtete von ihrer Tätigkeit als ‚Ausbildungsplatzentwicklerin‘, in deren Rah-

men sie die beiden Ausbildungsberufe Rechtsanwaltsfachangestellte(r) und Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte(r) intensiv bei Jugendlichen bewirbt: „Wir unterstützen Kanzleien bei der Suche nach geeigneten Auszubildenden, indem wir an verschiedenen allgemeinbildenden Schulen die beiden rechtsberatenden Ausbildungsberufe vorstellen“, so Gabriele Hillmer. Für die häufig mit geringen Ressourcen ausgestatteten und Nischen besetzenden Kanzleien sei es schwierig, den Zugang zu allgemeinbildenden Schulen zu bekommen, um für ihre Berufe zu werben. „Wichtig ist es Jugendlichen die interessanten und abwechslungsreichen Aufgaben- und Tätigkeitsfelder dieser Berufe aufzuzeigen.“

Dass Jugendliche häufig keine Vorstellungen über die Inhalte des Steuerfachangestellten haben, bestätigte auch Hans Günter Schmidt von der Steuerberaterkammer Hessen. Wo Vorstellungen vorhanden seien, hätten diese häufig mit der Realität des Berufs nichts zu tun. Umso wichtiger sei es, Jugendlichen die Möglichkeit zu bieten, sich ein realistisches Bild von diesem Beruf zu machen. „Wir sind auf die Kooperationsbereitschaft der Schulen angewiesen, um Jugendliche über den Beruf ‚Steuerfachangestellte(r)‘ zu informieren und ihnen auch die Möglichkeit zu bieten, ein Schnupperpraktikum zu absolvieren. Nicht an allen Schulen stößt unser ‚Ausbildungsplatzentwickler‘ auf positive Resonanz“, so Schmidt. Für Berufsorientierung müsse an vielen Schulen noch mehr Raum geboten werden.

Dies unterstrich auch Dr. Afsaneh Jung, Zahnärztin in Gießen, die von ihren eigenen erfolglosen Bemühungen, eine passende Auszubildende für ihre Praxis zu finden, berichtete. „Nach der Sichtung einer Fülle von Bewerbungen habe ich einige Bewerberinnen zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen. Das Ergebnis war enttäuschend. Auffällig war, dass die Bewerberinnen häufig nicht angeben konnten, warum sie sich für den Beruf einer zahnmedizinischen Fachangestellten überhaupt entschieden haben“, so Dr. Jung. Glücklicherweise habe sie von den Unterstützungsleistungen des JOBSTARTER-Projekts „START UP Mittelhessen“ erfahren. „Es hat einfach alles gepasst“, so die Bilanz über die Zusammenarbeit mit dem Projekt. „Wir haben gemeinsam ein Anforderungsprofil erstellt, anhand dessen das Projekt eine Bewerberin gesucht hat.“ Die passende Auszubildende sei schnell gefunden worden. Dienstleistungen dieser Art seien für sie sehr wichtig, so Dr. Jung. Insbesondere die Bewerberauswahl nehme viel Zeit in Anspruch, die sie eigentlich nicht aufbringen könne.

Mit Blick auf die Zukunft beruflicher Ausbildung in den Freien Berufen sei es wichtig, die Attraktivität dualer Ausbildung in diesem Bereich zu steigern, aber auch zu berücksichtigen, dass es viele Kanzleien und Praxen gebe, die aufgrund geringer Ressourcen Unterstützung brauchen um auszubilden, betonten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Podiumsdiskussion. Gerade für kleine Praxen und Kanzleien könne z. B. die Unterstützung bei der Bewerberauswahl darüber entscheiden, ob ausgebildet werde oder nicht. Häufig seien solche Unterstützungsangebote bei den Adressaten aber nicht bekannt. „Bei mir war es der reine Zufall, dass ich von den Dienstleistungen des JOBSTARTER-Projekts „START UP Mittelhessen“ erfahren habe und durch dessen Unterstützung eine passende Auszubildende gefunden habe. Ich war nahe daran aufzugeben“, berichtete Dr. Afsaneh Jung. Eine stärkere Vernetzung regionaler Ausbildungsakteure und Ausbildungsinitiativen könne dazu beitragen, dass Informationen zu Unterstützungsangeboten mehr Verbreitung finden und von Praxen und Kanzleien besser genutzt werden könnten, hob Christa Oberth vom JOBSTARTER-Regionalbüro Süd hervor. Gute Beispiele regionaler Kooperationen zwischen Ausbildungsakteuren und Ausbildungsinitiativen gebe es bereits: „In einigen Regionen Hessens gibt es zwischen JOBSTARTER-Projekten und örtlichen Arbeitsagenturen eine Übereinkunft, freie Ausbildungsplätze auf dem On-

line-Portal der Agentur unter dem Projektnamen zu veröffentlichen. Die Bewerbungen gehen bei den Projekten ein, die die Vorauswahl für die Betriebe treffen. Die Projekte übernehmen so eine unterstützende Filterfunktion.“ Dies bestätigte auch Monika Wenzel vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung. „Eine gute Vernetzung bündelt vorhandene Kompetenzen sowie Ressourcen und kann auf diese Weise Synergien schaffen“, so Monika Wenzel. Ein gutes Beispiel sei z. B. „OloV“, das mittlerweile als „hessische Strategie“ Qualitätsstandards zu einer praxisnahen Berufsorientierung in den einzelnen Regionen umsetze und dadurch zu einer schnelleren Vermittlung von Jugendlichen in Ausbildung beitrage. Sie schlug aber auch vor, darüber nachzudenken, wie Dienstleistungen zur Stärkung der Ausbildung von der Wirtschaft selbst organisiert werden könnten. Eine Möglichkeit könnte darin bestehen, dass sich einzelne Berufsgruppen zusammenschließen, entsprechende Dienstleistungen extern vergeben und gemeinsam finanzieren. „Die finanzielle Übernahme derartiger Unterstützungsleistungen für die Ausbildung ist durch die öffentliche Hand dauerhaft nicht möglich“, so Wenzel.

Um die Attraktivität dualer Ausbildung im Bereich der Freien Berufe zu erhalten, plädierte Hans Günter Schmidt für verstärkte Investitionen zur Sicherung und Steigerung der Qualität der Ausbildung in Freien Berufen am Lernort Berufsschule. „Derzeit wird die Weiterbildung des Lehrpersonals für Steuerfachangestellte lediglich mit 40,- Euro im Jahr unterstützt. Änderungen im Steuerrecht und damit verbundene neue Lerninhalte müssen vom Lehrpersonal mitvollzogen werden können. Dies erfordert eine kontinuierliche Fortbildung der Fachlehrer an den Berufsschulen“, so Schmidt.

Für eine Öffnung der Ausbildungsgänge nach unten sprach sich Dr. Elke Vietor aus. „Insbesondere Zahnärzte kommen ohne Stuhlassistenz nicht aus“, so Vietor. Angesichts der demografischen Entwicklung sei dies ein sinnvoller Schritt in die richtige Richtung. „In wenigen Jahren wird die Zahl der Schulabgänger deutlich zurückgehen, so dass wir noch weniger qualifizierte Bewerber auf dem Ausbildungsmarkt vorfinden werden.“ Vorstellbar sei ein um den kaufmännischen Teil – z. B. Sekretariats- und Abrechnungstätigkeiten – verkürzter zweijähriger Ausbildungsgang im Bereich der zahnärztlichen Assistenz. Gleichzeitig könnten dadurch Jugendlichen mit schlechteren Voraussetzungen gute Berufs- und Beschäftigungsperspektiven eröffnet werden. Wichtig sei dabei, die Anschlussfähigkeit zum dreijährigen Ausbildungsbildungsberuf zu gewährleisten.

Marcus Kuhlmann vom Bundesverband der Freien Berufe bekräftigte die Ausführungen von Dr. Vietor und machte deutlich, dass ‚Sicherung der Attraktivität der dualen Ausbildung im Bereich der Freien Berufe‘ auch bedeute, Ausbildung nach oben hin zu öffnen. „Um Jugendliche mit höheren Schulabschlüssen für eine Ausbildung im Bereich der Freien Berufe zu interessieren, müssen wir ihnen reizvolle Zukunfts- und Karriereperspektiven bieten“, so Kuhlmann. Es müssten mehr interessante Aufstiegsfortbildungen auf FH-Niveau angeboten werden, wie z. B. die Fortbildung zum Betriebswirt für Management im Gesundheitswesen, eine Weiterbildung für (Zahn)Medizinische Fachangestellte der Zahnärztekammer Westfalen-Lippe und der Ärztekammer Schleswig-Holstein. Die dort erworbenen Kompetenzen können auf ein betriebswirtschaftliches FH-Studium angerechnet werden. Ähnliche anrechenbare Weiterbildungsgänge müssten auch für die anderen Ausbildungsberufe in den Freien Berufen geschaffen werden. „Gerade vor dem demografischen Hintergrund wird es einen Wettbewerb um die weniger werdenden guten Schulabgänger geben. Deshalb müssen wir mehr und attraktive Durchlässigkeit nach oben schaffen“, so sein Fazit.